

Laibacher Zeitung.



Nr. 23.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7-50.

Donnerstag, 29. Jänner.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 fr., größere per Zeile 5 fr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 3 fr.

1880.

Amtlicher Theil.

Der Handelsminister hat der Wiederwahl des Julius Krepesch zum Präsidenten und des Carl Ritter von Knaffl zum Vicepräsidenten der Handels- und Gewerbekammer in Graz für das Jahr 1880 die Bestätigung ertheilt.

Der Handelsminister hat der Wiederwahl des Carl Reinkelt zum Präsidenten und des Johann Buchetich Edlen von Bielitz zum Vicepräsidenten der Handels- und Gewerbekammer in Triest für das Jahr 1880 die Bestätigung ertheilt.

Am 27. Jänner 1880 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das IV. Stück des Reichsgesetzblattes, vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe, ausgegeben und versendet.

Daselbe enthält unter

Ar. 8 die Verordnung des Handelsministeriums vom 28. Dezember 1879, betreffend die Aufhebung der Attergierung des Seesantitätspasses im inneren Küstenverkehre;

Ar. 9 die Verordnung des Finanzministeriums vom 8. Jänner 1880, betreffend das Verbot des Vertriebes des um den Preis von acht Gulden per Hectoliter erkauften Valler Salzes außerhalb Tirol und Vorarlberg, dann der bestimmten Bezirke Oberösterreichs;

Ar. 10 die Verordnung des Handelsministeriums vom 20. Jänner 1880, womit neue Vorschriften zur Vermeidung von See-Unfällen durch Zusammenstoß von Schiffen erlassen werden;

Ar. 11 die Verordnung des Finanzministeriums vom 21. Jänner 1880, betreffend die Aenderung der amtlichen, nach Scala I gestempelten Wechselkategorie.

(„Br. Btg.“ Nr. 21 vom 27. Jänner 1880.)

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 28. Jänner.

Herr Franz Freiherr Mayr von Melnhof, Besitzer des Gutes Savenstein in Krain, wohnhaft in Wien, hat für die Nothleidenden im Bezirke Adelsberg den Betrag von 100 Gulden gespendet; dies wird mit dem Ausdrucke des wärmsten Dankes zur Kenntnis gebracht.

Die Parteiverhältnisse im Abgeordnetenhanse.

Einem Artikel der „Montags-Revue“ über die Parteiverhältnisse im österreichischen Parlamente entnehmen wir folgende Stellen: „Der durch den Brief des Fortschrittclubs vollzogene Bruch beider Fraktionen läßt sich selbst durch die zahlreichste Antwort der Liberalen nicht verkleinern. Wie soll ein Zusammenwirken zweier Genossenschaften möglich sein, von denen die eine Realpolitik zu treiben versucht, indes die andere immer nur „Rein“ zu sagen beabsichtigt. Der

Club der Liberalen wird daran denken müssen, sich als eine selbständige Partei zu constituieren, eine Aufgabe, die leicht gelingen kann, wenn er sich von den Vorurtheilen der Verfassungspartei loszumachen sucht. Was hielt denn die Linke für zwei Monate zusammen? Die in ihrem Namen niedergelegte Absicht, die Verfassung gegen alle Angriffe zu verteidigen. Und doch war die Verfassung niemals gesicherter, als gerade unter dem Ministerium Taaffe. Geseht den Fall, die Rechte hätte einen Antrag auf Abänderung der Verfassung formuliert. Eine einfache Abzählung beweist, daß sie allein über die verfassungsmäßig nöthige Zweidrittel-Mehrheit nicht verfügte und nach der ganzen, die Staatsgrundgesetze erfüllenden Tendenz darüber auch nicht leicht irgend einmal disponieren wird. Imputiert man nun dem Grafen Taaffe nicht die Lust zu einem Staatsstreich — und daß er keinen Versuch dazu in sich fühlt, bereitet seinen erbittertsten Feinden gerade nicht kleinen Verdruß, — so müßte die Rechte entweder selbst oder, weil sie vielleicht auf ein geringeres Entgegenkommen rechnet, die Regierung sich an die Verfassungspartei wenden und wenigstens einen Theil derselben für die angestrebte Umgestaltung zu gewinnen trachten. Man dürfen wir versichern, daß Graf Taaffe sich darüber keiner Täuschung hinholt, wie geringfügig dasjenige ist, was selbst der gemäßigteste Theil der Verfassungspartei auf diesem Gebiete zu concedieren bewogen werden könnte, und daß diese Zugeständnisse in keinem Falle in irgend einer Verengung der Competenz des Reichsrathes bestehen dürften. Der Premier ist mit den Verfassungskämpfern auf die politische Arena getreten, mit der Gestaltung der Verhältnisse vertraut. Er würde also eine solche Mittlerrolle nur in jenem Umfange übernehmen, in welchem auch jeder andere verfassungstreue Minister an sie heranzutreten vermöchte. So also sind die Verhältnisse unter dem Grafen Taaffe geworden, daß die Linke durch den Eintritt der Tschechen zwar die Majorität eingebüßt hat, daß aber auch die Rechte niemals ohne die Linke die Verfassung irgendwie verändern kann, und darin liegt das Resultat der Politik des Grafen Taaffe, daß eine jede Modification nur durch das freie Einverständnis aller Völker zu erzielen wäre.

„Ist das wirklich eine verfassungswidrige Politik auch nur dem Geiste nach? Es scheint, als ob man jetzt innerhalb der Verfassungspartei selbst anderer Ansicht werden wollte. Die Schlagworte von vor wenig Wochen sind verschwunden, dem Gefühl des Widerwillens, welches das Linzer Concilium jedem Mitgliede der Linken eingepreßt hatte, ist bei den Besonnenen der Wunsch einer Auseinandersetzung mit dem Chef der Regierung gefolgt, und vollkommen unabhängige und hochangesehene Mitglieder der liberalen

Partei sind schon bei der Möglichkeit einer Verständigung angelangt. So sehr wir eine solche erwünscht und vor der Zusammenkunft in der oberösterreichischen Landeshauptstadt und vor der Adresse der Minorität im höchsten Staatsinteresse geboten erachtet hätten, heute hat ein solcher Schritt für alle Theile seine Bedenken. Der Club der Liberalen möge sich als eine Mittelpartei constituieren, und den Mitgliedern möge die ganze politische Vergangenheit des Grafen Taaffe und die Thatsachen seiner jetzigen Führung eine Bürgschaft sein, daß er ein conservativer Hüter der Verfassung, ein österreichischer Tory ist.

„Heute stützt sich Graf Taaffe auf eine kleine, aber enggeschlossene Mehrheit, die allenfalls durch die Gemäßigten der Linken eine höchst erfreuliche und willkommene Vermehrung, aber in keinem Falle eine Verminderung erfahren kann. Diese Majorität stubig zu machen, ohne einer anderen und größeren sicher zu sein, wäre Thorheit und hieße, sich zwischen zwei Stühle auf die Erde setzen. Die Verfassungspartei war niemals eine politische Partei. Auf eine Partei, die durch diese seltsame Eigenart alle ihre Ministerien gestürzt und ihre besten Talente aufgerieben hat, kann sich ein vernünftiger Politiker nicht stützen, auch dann, wenn er im großen und ganzen ihren Principien huldigt. Das gegenwärtige Abgeordnetenhaus ist es auch gar nicht, in welchem wir die Umsetzung der Parteien aus theoretisch-staatsrechtlichen in politisch-praktische erwarten. Erst muß noch der Streit im böhmischen Landtage geschlichtet und die Constituierungstrage definitiv abgethan sein, bis wirklich lebenskräftige politische Parteien auf dem österreichischen Verfassungsbaume reifen können. Diese Neugestaltung zu fördern, ist neben der Completion des Reichsrathes die zweite große politische Aufgabe des Grafen Taaffe. Es gilt, alle Hindernisse hinwegzuräumen, welche die Bildung einer großen, den Verfassungskampf perhorrescierenden und nur den materiellen und geistigen Interessen des Staates dienenden Parlamentsmehrheit hemmen. In dieser Torypartei mögen die Conservativen der Verfassungspartei ihre entsprechenden Plätze suchen.“

Parlamentarisches.

In der Montag abends stattgehabten Sitzung des Steuerausschusses beantragte Abg. Graf Better, die Vorlage, betreffend die Reclamationsfristen, dem von der Majorität des Ausschusses bestellten Referenten zuzuweisen, damit er mit derselben den Bericht der Ausschussmajorität in Einklang bringe. Abg. Schupp trat für diesen Antrag ein, glaubt aber, daß dem Referenten eine Directive zu geben sei, ob er die drei principielle Punkte im Sinne der Majorität

Fenilleton.

Was die Liebe vermag.

Roman, frei nach dem Englischen bearbeitet von Ed. Wagner (Verfasser der „Alegia“).

(Fortsetzung.)

„Bleiben Sie,“ rief die Lady gereizt, als das junge Mädchen aufstand. „Ich habe Ihnen noch mehr zu sagen und Sie müssen mich anhören.“

„Ich muß?“ fragte Valerie mit Selbstbewußtsein.

„Ich muß? Sprechen Sie mit mir, Madame?“

„Mit Ihnen!“ rief Lady Georgine außer Fassung.

„Ich spreche mit Ihnen, mit dem Mädchen, das eltern- und heimatlos in dieses Haus kam und sich wie eine Intriquante in das Vertrauen des Grafen St. Berry einzuschmeicheln wußte. Sie scheinen vollständig zu vergessen, daß dieses Haus kein Aufenthalt für Sie ist, daß es unpassend für ein junges Mädchen ist, ohne Gesellschaftsdame in dem Hause eines alleinlebenden Mannes zu leben, mit dem Sie nicht verwandt sind! Als die einzige Verwandte des Grafen St. Berry kam ich in der Absicht hierher, Sie in Güte auf das Unzelmliche Ihres Benehmens aufmerksam zu machen. Sie aber begegnen mir, als wenn Sie die Herrin dieses Hauses wären. Mit Bedauern sprechen bereits die Freunde des Grafen über dieses Verhältnis zwischen Vormund und Mündel. Ich wollte Sie warnen, aber Sie weisen mich zurück.“

Die Witwe bezwang ihre Hestigkeit, als sie diese wohlberedelten Worte mit Pathos sprach; aber dieselben verfehlten vollständig den gewünschten Erfolg.

Einen Augenblick noch zögerte Valerie, dann aber zog sie die Glocke und befohl dem eintretenden Diener mit ruhiger Stimme:

„Sagen Sie dem Grafen St. Berry, daß Miß Gloom Mylord ersuchen läßt, nach dem Frühstückszimmer zu kommen, wenn es ihm möglich sei.“

Der Diener entfernte sich, um den erhaltenen Befehl auszuführen.

Lady Georgine starrte das Mädchen mit schlecht verhehlter Wuth an und war noch bemüht, ihre abermals verlorene Fassung wiederzugewinnen, als man in der Halle feste Schritte hörte und gleich darauf der Graf St. Berry in das Zimmer trat.

Er begrüßte Lady Georgine mit kalter Höflichkeit und blickte überrascht auf Valerie, welche bleich vor Erregung zu ihm sprach:

„Sie müssen mir versprechen, Herr Graf, daß ich Sie bei Ihrer Correspondenz störe.“

„Es bedarf keiner Entschuldigung, mein Kind; ich folge Ihrem Rufe jederzeit gern,“ antwortete der Graf mit einem freundlichen Lächeln, wie Lady Georgine es nie auf seinem strengen Angesicht gesehen hatte.

„Lady Georgine ist gekommen, um mir zu sagen, daß es für mich unpassend sei, im Hause des Grafen von St. Berry fortan zu wohnen,“ fuhr Valerie fort, die zu edel dachte, als daß sie die Beleidigungen der Witwe zu wiederholen vermöchte. „Ich hielt es für angemessen, Mylord, Sie davon zu unterrichten.“

„Was soll das heißen, Georgine?“ rief der Graf. „Nur das, was ich sagte,“ antwortete die Lady kalt. „Ich besuchte Miß Gloom und glaubte mich berechtigt, ihr diesen Rath zu ertheilen. Man spricht bereits darüber, Mylord, daß dieses junge Mädchen in Ihrem Hause wohnt.“

„Was kümmert mich das Gerede der Welt?“ stieß der Graf rauh hervor. „Uebrigens, wie kommt es, daß man diese Neuigkeit bereits weiß, da Miß Gloom kaum einige Tage hier ist? Ich bin Miß Grooms Vormund und könnte ihr Großvater sein.“

„Mylord, Sie könnten Ihrem Alter nach allerdings der Großvater von Miß Gloom sein, aber die Thatsache, daß Sie es nicht sind, macht eben den ganzen Unterschied. Auch ist das Urtheil der Welt in diesem Falle um so schärfer, als man weder etwas von Miß Grooms Herkunft noch von ihrer Familie weiß. Wenn Sie sich nun auch darüber hinwegsetzen, Mylord, so sollten Sie doch bedenken, daß für das junge Mädchen Ihr Haus kein passender Aufenthalt ist; denn es steht Ihrem Haushalte keine Dame vor, welche Miß Gloom als Gesellschaftsdame dienen könnte.“

„Ist nicht Mrs. Dulton in diesem Hause?“

„Sie ist eben nur die Haushälterin, und Sie wissen, Mylord, daß eine solche in diesem Falle nicht genügt. Ich habe die undankbare Aufgabe, Ihnen mitzutheilen, was man von der Anwesenheit Miß Grooms in ihrem Hause sagt, aus Pflichtgefühl übernommen, und ich denke, daß Sie meiner Warnung Beachtung schenken werden.“

rität oder der Minorität des Ausschusses festzuhalten habe. Abg. Menger beantragte, dem Referenten eine Frist von drei Tagen für die Erstattung seines Referates festzustellen. Abgeordneter Beer meint, die Majorität müsse wohl gleich darüber schlüssig werden, ob sie die Vorlage mit dem Berichte der Majorität oder der Minorität in Einklang bringen will. Abg. Schaub wendete sich gegen den Abgeordneten Trojan, welcher der Minorität eine vermittelnde Rolle zu sprechen wollte. Eine Concession der Minorität liege schon darin, dass sie gegen die formelle Vereinigung eben der Gesetze nichts einwende; eine weitere Concession liege darin, dass die Minorität auf das Princip der Contingentierung nur bis zum Abschlusse des Einschüßelaborates und des Reclamationsverfahrens Wert lege und dann nichts gegen die Percentuierung einzuwenden habe. Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Abgeordneten Vetter mit 17 gegen 14 und der Antrag Mengers mit 30 Stimmen angenommen.

Hierauf wurde über den Antrag Wiesenburg, betreffend die Steuerfreiheit für Neu-, Um- und Zubauten, verhandelt. Abg. Granitsch erklärte sich für den Antrag des Referenten Aspitz auf Bewilligung einer zwölfjährigen Steuerfreiheit, ebenso Abg. Schaub mit der Modification, dass Regulierungsarbeiten besonders zu berücksichtigen wären. Abg. Mauthner ist für eine fünfzehnjährige Steuerfreiheit. Abg. Meznil sprach sich für den Referentenentwurf aus und bemerkte, dass die Gesundheitsverhältnisse von Prag nicht so ungünstige seien, wie angegeben wurde. Die Debatte wurde hierauf bis zur nächsten Sitzung vertagt, zu welcher der Antragsteller Wiesenburg eingeladen werden wird.

In der am gleichen Abende abgehaltenen Sitzung des Budgetausschusses verlangte Abg. Klaić gelegentlich der Debatte über den Justizetat, dass die interne Amtssprache bei den Gerichtsbehörden in Dalmazien nicht bloß die italienische, sondern auch die serbisch-kroatische sei. Minister Dr. v. Stremayr erwiderte, dass bei den dalmatinischen Gerichten die staatsgrundgesetzlich gewährleistete sprachliche Gleichberechtigung (Durchführung der Schlussverhandlungen in der Sprache der Beklagten, Erledigung der Eingaben in derselben Sprache u. s. w.) ohnehin gehandhabt werde, dass aber die Durchführung des vom Abg. Klaić gestellten Verlangens zu höchst bedenklichen Consequenzen führen müßte. Daraufhin erklärten die Abgeordneten Zeithammer und Graf Heinrich Clam, das sei keine volle Gleichberechtigung. Hoffentlich theile das Gesamtministerium diese Anschauung nicht. Sie würden sich übrigens feinerzeit im Hause des weiteren aussprechen. Damit war der Zwischenfall erledigt.

In der Sitzung des Wasserstraßen-Ausschusses wurde über Antrag Friedmanns beschlossen, an die Regierung folgende Fragen zu richten: 1.) Ist die Erklärung, welche die ungarische Regierung anlässlich des Baues der Arbergbahn bezüglich der Donauregulierung bei Gönyö gegeben hat, in einer Weise erfolgt, dass die Durchführung der Donauregulierung von der ungarischen Grenze bis Gönyö vor Beendigung der Arbergbahn sichergestellt ist? 2.) Ist bei den Verhandlungen zwischen beiden Regierungen auch die Regulierung der Marcheinmündung sichergestellt worden? 3.) Würde eine sofortige Weiterführung der Donauregulierung von Fischamend bis zur ungarischen Grenze ohne Rücksicht auf eine gleichzeitig sichergestellte Regulierung der Marcheinmündung

in die Donau bis unterhalb Gönyö die österreichischen Ufergebiete der Donau und die Einmündungen der March vor Ueberschwemmungen sichern?

Die deutsche Militärvorlage.

Die deutsche Militärvorlage ist noch immer der Gegenstand lebhafter Discussion. In Berlin erklärt man nachträglich, es sei schon zu Beginn des Sommers, als das Centrum sich entschloss, die Schutzzölle des neuen Tarifes durch die Bewilligung der Finanzzölle zu erkaufen, ein öffentliches Geheimnis gewesen, dass ein Theil der Mehreinnahmen, welche durch die Zollerhöhungen geschaffen wurden, zur Bestreitung der Kosten einer Erweiterung der Militärorganisation bestimmt sei. Nur über die Höhe der zu diesem Zweck erforderlichen Summe giengen die Ansichten auseinander; die Angaben schwankten zwischen 30 und 50 Millionen Mark. Windthorst brachte diese Gerüchte bei der zweiten Berathung des Tarifes sogar auf der Tribüne zur Sprache, indem er sie in die Form der Befürchtung kleidete, dass von den Mehreinnahmen, welche der Reichstag bewillige, ein Theil auf dem Wege von dem oberen Ende der Leipzigerstraße, wo die Reichsvertretung tagt, nach dem unteren Ende derselben, dem preussischen Abgeordnetenhaus, verloren gehe, d. h. von dem Kriegsministerium mit Beschlag belegt werde. Der Umstand, dass bei der Zoll- und Finanzreform die Bedürfnisse der Militärverwaltung von vornherein in Rechnung gebracht wurden, stehe aber in offenbarem Widerspruch mit der jetzt hervortretenden Auffassung, dass die Militärvorlage unmittelbar mit den Folgen der Erklärung der Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg zusammenhänge, welche sich äußerlich wenigstens erst im Sommer vorigen Jahres bemerkbar machte. Man könne im Gegentheil sagen, wenn Deutschland von einer unmittelbaren Kriegsgefahr bedroht wäre, würde die Reichsregierung nicht zu dem bedenklichen Mittel greifen, Neuformationen vorzubereiten, die erst in Jahresfrist begonnen werden und welche erst nach einer Reihe von Jahren zur Verstärkung der deutschen Armee führen können. Die Vorlage sei also nicht dazu angethan, die öffentliche Meinung zu beunruhigen.

Eine friedliche Auffassung der Vorlage entwickelt auch das „Journal de St. Pétersbourg.“ Dasselbe kam sich in keiner Weise zu denen gesellen, welche in der Forderung der deutschen Militärverwaltung einen Grund zur Beunruhigung erblickten, da diese Forderung durch ihr bloßes Vorhandensein durchaus nicht ein Dementi der Friedenshoffnungen bilde, welche der deutsche Kaiser am Neujahrstage ausgedrückt hätte. Allerdings sei aus der Vorlage eine Abrüstungstendenz nicht zu construieren, aber sie stehe einer solchen auch nicht entgegen. Sei die Regierung erst sicher, dass sie von jetzt bis zum 1. März 1888 stets über ein Contingent verfügen könne, welches Ein Procent der Bevölkerung betrage, so hindere sie nichts, von den Umständen zu profitieren und zu einer Reduction der Militär-Ausgaben zu schreiten, ja zu diesem Zwecke die Initiative zu ergreifen. In dem einen dieser beiden Fälle handle es sich um eine legislative Maßregel und eine lange Frist, im andern um eine stets widerrechtliche administrative Maßregel.

Die „National-Zeitung“ bespricht neuerdings in einem eingehenden Artikel die Novelle zum Militärgesetz und bezeichnet die Annahme derselben als selbstverständlich, weil anerkannt nothwendig. Allerdings sei diese Nothwendigkeit eine sehr bedauerliche, da man

bei der nunmehrigen Weltlage das Ende der Anstrengung der Staaten, sich gegenseitig in Rüstungen zu überbieten, nicht absehen könne. Ueber die Lage, welche dem deutschen Reiche die Verstärkung seiner Wehrkraft auferlege, äußert sich das national-liberale Blatt: „Die politische Lage des Welttheils fordert uns zu außergewöhnlichen Anstrengungen heraus. Allerdings ist eine überwiegende Wahrscheinlichkeit dafür vorhanden, dass der Friede erhalten bleibt. Wir haben keinen Grund, bei der Regierung eines Nachbarstaates kriegerische Absichten vorauszusetzen; aber andererseits wissen wir, dass in zwei Nachbarreichen in der Tiefe des Volkslebens sich vulcanische Bewegungen vollziehen, über deren endlichen Ausgang man sich ein Urtheil nicht bilden kann. Darum können wir es nicht für absolut sicher ansehen, dass der Friede erhalten bleibt; wir müssen auch die Möglichkeit einer kriegerischen Verwicklung in den Kreis unserer Berechnungen aufnehmen. Eins aber lässt sich mit fast absoluter Sicherheit sagen. Wenn es zu einer kriegerischen Verwicklung kommen sollte, so werden wir den Krieg nicht mit einer Großmacht zu führen haben, sondern mit zweien. Es liegt außerhalb der Grenzen aller Wahrscheinlichkeit, dass Frankreich allein oder Russland allein daran denken sollte, den Frieden zu brechen. Die Möglichkeit, die wir ausschließlich ins Auge zu fassen haben, ist die, dass die beiden genannten Staaten sich zu einem Unternehmen wider uns vereinigen. Die Wahrscheinlichkeit, dass der Friede gebrochen werden wird, ist nicht groß, die Gefahr aber, wenn er dennoch gebrochen werden sollte, umso größer.“

Vorgänge in Frankreich.

Nachdem die Fusion der Linken in der französischen Deputiertenkammer gescheitert ist, macht nun die Rechte einen ähnlichen Versuch im Senate. Die Bonapartisten, Royalisten und Orleansisten des Senats haben sich zusammengesetzt und beschlossen, ein Directionscomité zu bilden, dessen Mitglieder allen Gruppen der anti-republikanischen Minderheit entnommen sein werden. Dieses Comité besteht aus 6 Legitimisten, 4 Orleansisten und 2 Bonapartisten.

Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am Samstag und Montag mit dem Gesetzentwurf über das Versammlungs- und Vereinsrecht, bezüglich dessen in der äußersten Linken selbst lebhafteste Differenzen herrschten. Der Berichterstatter Roquet pflichtete der Ansicht der Regierung bei, dass das Vereinsrecht im Interesse der öffentlichen Ordnung einer gewissen Reglementierung bedürfte. Louis Blanc vertrat hingegen den absoluten Standpunkt, nämlich einen Gesetzentwurf, welcher alle bisherigen gesetzlichen Hindernisse für die freie und unumschränkte Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechtes aus dem Wege räumt. Madier de Montjau, ein drittes Mitglied der äußersten Linken, bekämpft wiederum Louis Blanc, dessen Entwurf denn auch mit großer Majorität verworfen wurde. Immerhin hatten sich 162 Stimmen für denselben gefunden, die zum Theile der republikanischen Union angehören. Am Samstag hatte sich noch d'Ornano zur Ordnung gerufen werden müssen, weil er die Redner der Linken unterbrach und auf die Vorwürfe des Präsidenten Gambetta demselben entgegen: er solle ihn in Ruhe lassen, und er rufe ihn selbst zum gesunden Menschenverstande.

Der Senat beräth seit Freitag das Gesetz über den Unterrichtsrath. Dasselbe schließt aus dem höheren Unterrichtsrathe eine Anzahl von Elementen aus, die seit 1850 demselben angehört haben und die nicht der Universität entnommen waren, um sie durch Universitätsmitglieder zu ersetzen. So sollen mit den Bischöfen auch die Vertreter anderer Körperschaften, wie z. B. des höheren Handelsrathes, aus dem Unterrichtsrathe verschwinden und durch Vertreter der Communes ersetzt werden. Was den Reactionären an dem Ferry'schen Gesetze besonders missfällt, ist natürlich die Ausschließung des clericalen Elementes, und wenn die Gegner der Republik vorschlagen, den höheren Unterrichtsrath gewissermaßen zu einem verkleinerten Abbild der ganzen französischen Gesellschaft zu machen, also auch z. B. Generale und Admirale in denselben aufzunehmen, so ist es ihnen in Wahrheit bloß darum zu thun, die Ausschließung der Bischöfe zu verhindern. Dies geht auch deutlich aus der Rede hervor, welche der Herzog von Broglie am Samstag in die Debatte eingriff. Der Berichterstatter Barthelemy St. Hilaire hob dem gegenüber hervor, dass der Staat die ganze Verantwortlichkeit für den Unterricht trage: für ihn sei er eine Pflicht, für die Privatanstalten eine geleitet, nicht bloß die Bischöfe, sondern auch die anderen Cultusdiener, die Mitglieder des Instituts, die Staatsräthe, die Generale ausgeschlossen; der Unterrichtsrath solle eine Körperschaft von Fachmännern sein, er werde darum noch lange nicht irreligiös und atheistisch. Die Debatte wurde sodann vertagt.

In den parlamentarischen Kreisen hat es einen sehr guten Eindruck gemacht, dass der Cabinetschef Freycinet nach dem Hinscheiden des Herzogs von Gra-

Bady Georgine erhob sich zögernd; sie hoffte zum ferneren Bleiben aufgefordert zu werden. Aber der Graf öffnete ihr höflich die Thür, geleitete sie bis an den Wagen und kehrte, nachdem derselbe fortgefahren war, wieder zu Valerie zurück.

„Mein liebes Kind,“ redete er sie gütig an, „Sie dürfen sich die Geschäftigkeit der Bady Georgine nicht weiter zu Herzen nehmen. Ich werde eine Gesellschaftsdame für Sie engagieren und damit allem Gerede ein rasches Ende bereiten.“

„Bitte, thun Sie das nicht, Mylord,“ bat Valerie mit bewegter Stimme. „Ich bin nicht von hoher Herkunft und keine passende Bewohnerin Ihres Hauses. Die Verborgenheit ist mein Asyl.“

„Valerie!“

„O, halten Sie mich nicht zurück; gestatten Sie mir, dass ich Ihr Haus verlassen darf,“ stammelte das Mädchen, während er sie erschrocken ansah.

„Und wohin wollen Sie gehen?“ fragte er.

„Ich würde in Getrudens Begleitung nach einem entlegenen Dorfe gehen.“

„Sie können ja in Devonshire auf dem Gute St. Berry Ihren Wohnsitz nehmen. Glauben Sie nicht, dass es Ihnen dort gefallen würde?“

„Dort wie überall, wo Sie sind, Mylord, würde ich glücklich sein,“ rief Valerie bewegt aus. „Aber ich darf weder auf Ihren Landsitz gehen noch hier bleiben. Ich muss meine neue Heimat noch heute verlassen!“

„Aber das ist eine Thorheit, Valerie,“ rief der alte Graf in ärgerlichem Tone. „Ich wollte, Bady Georgine bekümmerte sich nicht um Angelegenheiten, die sie nichts angehen.“

Erschritt hastig einige male im Zimmer auf und ab; dann blieb er vor dem jungen Mädchen stehen und sah mit zärtlichem Blick in ihr liebliches, bleiches Antlitz.

„Valerie,“ redete er sie an, „ich habe Sie lieb gewonnen, und weil ich aus Ihrem eigenen Munde erfahren habe, dass Sie freudig daren willigen würden, so wiederhole ich es Ihnen, dass ich Sie adoptieren und Ihnen mein ganzes mir zur Verfügung stehendes Vermögen, das unabhängig von dem Fideicommiss ist, vermachen will. Bleiben Sie bei mir, Valerie, und verschöner Sie meine einsamen, alten Tage!“

„Wie gern würde ich Ihren Wunsch erfüllen, wenn ich es könnte,“ antwortete Valerie, mit Thränen in den Augen. „Mylord, ich bin Ihnen mit kindlicher Liebe zugethan, aber Verhältnisse, über welche ich nicht reden darf, zwingen mich, dieses Haus zu verlassen. Deshalb halten Sie mich nicht zurück, Mylord; meine Liebe und meine Gebete werden Ihnen dafür danken.“

„Es kommt mir alles wie ein Traum vor,“ erwiderte der Graf. „Gestern noch, Valerie, waren wir so glücklich! Lassen Sie die thörichten Worte jener Frau nicht trennend zwischen uns treten! Auch gibt es ja noch einen andern Ausweg, dass Sie trotz alledem in meinem Hause bleiben könnten. Ich weiß einen Mann, der Sie anbetet und Ihnen freudig sein Leben weihen würde. An seiner Seite könnten Sie als meine Adoptivtochter die Herrin dieses Hauses sein. Darf ich Mr. Cliffords Werbung begünstigen?“

(Fortsetzung folgt.)

mont dessen Papiere sogleich mit Beschlagnahme belegt. Es hat sich nämlich herausgestellt, dass im Archive des Ministeriums des Aeußern eine gewisse Anzahl von Actenstücken fehlte, die der verstorbene Diplomat an sich genommen haben muss. Unter dem Empire hatten die am Ruder befindlichen Staatsmänner die Theorie aufgestellt, dass alle Documente, die sich auf vom Kaiser selbst geleitete Angelegenheiten beziehen, nicht Staats-eigenthum seien, und dass sie mit denselben nach Belieben verfahren dürften. Die Anzahl der in den verschiedenen Archiven fehlenden Actenstücke ist eine ungeheure, und da an Stelle der abhanden gekommenen Nummern auf einem weißen Blatt Papier der Name der Persönlichkeit angegeben ist, an welche das Document ausgeliefert wurde, so dürfte die gegen Gramonts Nachlass eingeleitete Maßregel wohl nicht vereinzelt bleiben, sondern auch auf andere noch lebende napoleonische Staatsmänner ausgedehnt werden.

Tagesneuigkeiten.

— (Wiener Silberlotterie.) Se. Majestät der Kaiser hat zu der für Zwecke des Frauen-Wohltätigkeitsvereines in Wien bewilligten, mit 500 Silbergewinnen reich dotierten Lotterie, als Beigabe zu dem eine Heiratsausstattung mit 166 Gegenständen repräsentierenden Haupttreffer, ein reich vergoldetes Speisefervice sowie ein prachtvolles Glaservice gespendet. Die Ausgabe der Lose à 50 kr. ö. W. erfolgt durch die Kanzlei des Vereines in Wien, L., Grasshofgasse 4.

— (Dürfen Diensthöten geohrfeigt werden?) Diese Frage anlässlich des folgenden Falles wurde dieser Tage seitens der Staatsanwaltschaft des Wiener Landesgerichtes in bejahender Weise gelöst. Ein bei dem Reichsrathsabgeordneten Friedrich Sueß bedienstet gewesenes Stubenmädchen hatte beim Sechshauer Bezirksgericht die Anzeige erstattet, ihr Dienstherr habe es mißhandelt. Sie documentierte ihre Anzeige durch ein ärztliches Parere, welches eine nicht unbedeutende Anschwellung der Wange als die Folge der dem Dienstmädchen angeblich zugefügten Mißhandlung bezeichnete. Der Vertreter der Staatsbehörde beim Sechshauer Bezirksgerichte, Commissär Szynna, erachtete den Fall für wichtig genug, um sich von der Staatsanwaltschaft Verhaltungsmaßregeln zu erbitten. Die dem Functionär ertheilte Ordre lautete dahin, gegen den Reichsrathsabgeordneten Friedrich Sueß keine Anzeige zu erheben, da die dem Dienstmädchen applicierte Ohrfeige nur als eine Execution des häuslichen Züchtigungsrechtes angesehen werden müsse. Der Paragraph 413 des Strafgesetzes besagt aber ausdrücklich — bemerkt hierzu das „Frdbl.“ — dass das häusliche Züchtigungsrecht dann überschritten sei, wenn Merkmale und Folgen einer Mißhandlung nachgewiesen sind.

— (Vesséps' Panama-Kanalproject.) Wie aus Panama unterm 2. Jänner gemeldet wird, wurde Herr de Vesséps auf seiner Reise von Aspinwall nach Panama überall von der Bevölkerung mit großem Enthusiasmus empfangen, und ist von der Regierung von Panama sogar beschloffen worden, ihm einen großen officiellen Empfang zu bereiten. Innerhalb von sechs Monaten sollen die Vermessungen revidiert und dann die Arbeiten am Kanal begonnen werden. Mit dieser Revision ist bereits am 1. Jänner an der Mündung des Rio Grande in der Nähe von Panama begonnen worden. Herr de Vesséps erklärt, er sei überzeugt, dass er das zur Ausführung seines Projectes erforderliche Geld aufbringen könne.

— (Sühne für einen gefallenen Kronprinzen.) Wie Berichte aus Teheran melden, ist in der Schlacht, die vor einigen Wochen zwischen den Russen und Turkomanen bei Göl-Tepe stattgefunden hat, auch der älteste Sohn des Khans von Merw, Sedigrid Kahn, ein Jüngling im Alter von sieben Jahren, gefallen. Derselbe erhielt nämlich von seinem Vater das Commando über die Cavallerie, und vier seiner Brüder wurden ihm als Adjutanten zugetheilt. In der erwähnten Schlacht traf ihn eine Kugel ins rechte Auge und er stürzte todt vom Pferde. Die Wuth der Turkomanen kannte jetzt keine Grenzen mehr, und sie ließen noch am selben Tage die in ihre Hände gefallenen russischen Soldaten über die Klinge springen. In der Nacht ward sodann auf dem Schlachtfelde eine tiefe Grube gegraben und in diese die in einen Seidenmantel eingehüllte Leiche des Prinzen hinabgesetzt. Auf dem Grabe errichteten die Turkomanen zum Andenken eine große Steinsäule. Als der alte Khan den Tod seines Sohnes vernahm, ließ er ebenfalls mehrere in Merw befindliche russische Kriegsgefangene öffentlich enthaupten. Das Schwert des Kronprinzen, das noch mit dem Blute der erschlagenen Feinde befebt war, wurde am Thore des Residenzpalastes zu Merw, als Erinnerung an den gefallenen Helden, aufgehängt.

Locales.

Aus dem Gemeinderathe.

Laibach, 28. Jänner.

Vorsitzender: Bürgermeister Laschan; Schriftführer: Magistratsbeamter Kalisch. Anwesend: 19 Gemeinderäthe.

Zu Verificatoren des heutigen Sitzungsprotokolles nominiert der Bürgermeister die G. R. Dr. Suppan und Pirker.

G. R. Regali stellt den Dringlichkeitsantrag, es möge anlässlich der bevorstehenden Gemeinderaths-Ergänzungswahl die Wählerliste in Druck gelegt werden.

G. R. Dr. Zarnik wundert sich, dass der Antrag Regalis, der doch in der letzten Sitzung schon eingebracht wurde, nicht auf der heutigen Tagesordnung stehe, und wünscht zu wissen, ob derselbe wohl in das letzte Sitzungsprotokoll aufgenommen wurde?

Der Bürgermeister bemerkt, dass jeder selbständige Antrag ihm nach der Geschäftsordnung, wenn er ihn auf die Tagesordnung setzen soll, schriftlich überreicht werden müsse. Dies zu thun, habe G. R. Regali unterlassen, daher der Antrag auch nicht auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehe.

Bei der Abstimmung wird die Dringlichkeit des Regali'schen Antrages angenommen.

G. R. Regali begründet hierauf seinen Antrag auf Drucklegung der Wählerliste. Dieselbe sei nöthig, damit jedermann wisse, ob er wahlberechtigt sei oder nicht.

G. R. Dr. Suppan weist darauf hin, dass die Wählerliste weder in Wien noch in Graz gedruckt werde, weil thatsächlich kein Bedürfnis darnach sei. Da in Laibach jedoch schon seit neun Jahren keine Wählerliste mehr gedruckt wurde, so habe er nichts dagegen, wenn dies heuer geschehe.

G. R. Dr. Zarnik stellt den Dringlichkeitsantrag, es möge jedem der Herren Gemeinderäthe gestattet werden, die Wählerliste durch einen zu bestellenden Schreiber zu copieren. Die Wählerliste sei der Minorität des Gemeinderathes nöthig zur Agitation, und es sei nur gerecht, wenn dieselbe der Minorität ebenso zur Verfügung stehe, wie der Majorität, welche über dieselbe beliebig disponiere. Die nationale Partei werde die Wählerliste dann auf ihre Kosten drucken lassen und gratis vertheilen. Der Bürgermeister aber habe das Abschreiben der Wählerliste dem G. R. Regali verweigert.

G. R. Dr. Suppan und Deschmann bemerken, es könne doch nur die vom Gemeinderathe rectificierte Wählerliste gedruckt werden.

Der Bürgermeister constatirt, dass er strenge nach den Instructionen vorgegangen sei. Die Wählerliste liege zur Einsicht und Reclamation eines jeden Wahlberechtigten im Expedire des Magistrates auf. Er habe auch nichts dagegen, wenn sich jemand bei Durchsicht derselben Notizen mache, aber ein förmliches Abschreiben der Liste könne er nicht gestatten.

G. R. Dr. v. Schrey erklärt sich gegen die Dringlichkeit des Dr. Zarnik'schen Antrages, dieselbe wird jedoch bei der Abstimmung votiert.

G. R. Dr. Suppan bezeichnet den Dr. Zarnik'schen Antrag als undurchführbar, zudem stehe er mit der Gemeinde-Ordnung im Widerspruche, da er den Gemeinderäthen ein größeres Recht einzuräumen beabsichtige, als den übrigen Wählern.

Es entspinnt sich hierüber eine längere Debatte, an der sich wiederholt die Gemeinderäthe Regali und Dr. Zarnik pro und Deschmann contra theiligen. Bei der schließlich vorgenommenen Abstimmung wird der Regali'sche Antrag auf Drucklegung der rectificierten Wählerliste angenommen, jener des Dr. Zarnik dagegen abgelehnt. Nach der Abstimmung verlassen die Gemeinderäthe Dr. Zarnik, Regali und Gorsic den Saal. Die Versammlung bleibt jedoch trotzdem beschlussfähig, und wird nun zur Erledigung der Tagesordnung geschritten.

I. Bericht der Personalsection.

G. R. Dr. Ritter v. Kaltenegger referirt namens der Personalsection über die im März 1880 eintretende Mandatslöschung eines Drittels des Gemeinderathes. Es scheiden folgende Mitglieder aus: I. Wahlkörper: A. Dreo, C. Deschmann, P. Lasnik und Dr. Schaffer; II. Wahlkörper: Dr. F. Ritter v. Kaltenegger, R. Zhuber v. Oroq, L. Bürger und A. Laschan; III. Wahlkörper: Dr. Abazhiz und Josef Regali. (Wird zur Kenntnis genommen.)

II. Berichte der Schulsection.

1.) G. R. Dr. Ritter von Kaltenegger referirt über die projectierte Gesezesnovelle betreffs der Entlohnung von Supplirungen und Mehrleistungen an öffentlichen Volksschulen und stellt den Antrag, dem vom k. k. Landesschulrath hierüber mitgetheilten Entwurfe mit der Modification beizutreten, dass im § 5 die Remuneration für die erste wöchentliche Mehrstunde mit 20 fl., für jede weitere mit 10 fl. jährlich pro rata temporis der Dienstleistungsdauer bemessen, und dass im § 6 für Laibach die dort besprochene Betragsausmessung dem Stadtschulrath zugewiesen werde. (Angenommen.)

2.) G. R. Pirker referirt über die Präsentation für die Georg Schmeid'sche Studentenstiftung im Betrage jährlicher 8 fl. 50 kr., um welche sich 11 Competenten beworben haben. Präsentiert wird Josef Högl.

3.) G. R. Pirker beantragt, dem städtischen Unterlehrer Herrn Franz Bahovec die erste Dienstalterszulage zu bewilligen. (Angenommen.)

III. Berichte der Finanzsection.

1.) G. R. Dr. Suppan referirt über den Bau einer Landwehrkaserne und beantragt, in den Bau derselben auf Gemeindefkosten dermal nicht einzugehen, und den Magistrat zu beauftragen, sich an den Landesauschuß mit dem Ersuchen zu wenden, dem nächsten Landtage eine Vorlage zur Regelung der dem Lande obliegenden Obförmigkeit für die bleibende Militärbequartierung zu unterbreiten. (Angenommen.)

2.) G. R. Dr. Suppan referirt über die am 7. Jänner d. J. vorgenommene Scontrierung der städtischen Kassen. Dieselben wurden vollkommen ordnungsgemäß befunden. (Wird zur Kenntnis genommen.)

IV. G. R. Dr. Suppan begründet in längerer Rede seinen selbständigen Antrag auf Erbauung eines neuen städtischen Armenhauses. Das jetzige Armenhaus entspreche seinem Zwecke gar nicht, da es sowohl an einem Garten als an einem Hofraume mangelt. Der geeignetste Platz zur Erbauung eines Armenhauses wäre seiner Ansicht nach die Realität, welche dem Kinderpitale gehört. Man könnte dieselbe unter der Bedingung erhalten, dass man am andern Ende gegen die Schießstättstraße zu ein neues Kinderhospital mit einem Kostenaufwande von 22,000 fl. aufbauen würde, wodurch man noch immer einen billigen Baugrund gewänne.

Der Antrag Dr. Suppans wird, nachdem zu demselben G. R. Luchmann das Amendement gestellt, man möge von dem Baue eines eigenen Kinderpitales absehen, da man letzteres vielleicht im neuen Armenhause werde unterbringen können, dasselbe aber wieder zurückgezogen, und nachdem G. R. Dr. Bleiweis den Antrag Dr. Suppans befürwortet hatte, über Wunsch des Antragstellers der vereinigten Polizei- und Bau-section zur Berichterstattung zugewiesen.

Hierauf wird die öffentliche Sitzung geschlossen und es folgt eine vertrauliche Sitzung.

— (Laibacher Faschingschronik.) Der ungewöhnlich kurze heurige Fasching geht seinem Ende entgegen, nur mehr eine Dauer von zwölf Tagen ist ihm noch beschieden. Wer daher noch zum Tanzen kommen will, hat allen Grund, sich zu tummeln. An vielfältiger Gelegenheit hiezu wird es allerdings nicht fehlen, da sich einem altbewährten Erfahrungssage zufolge auch heuer im letzten Faschingsdrittel die meisten Unterhaltungen aneinanderdrängen. Die hervorragendsten derselben, soweit wir die Laibacher Faschingschronik kennen, sind folgende: Samstag, den 31. Jänner: zweiter Gesellschaftsabend im Casinoverine; Sonntag, den 1. Februar: Tanzkränzchen der Laibacher Viedertafel auf der Schießstätte; Samstag, den 8. Februar: Handball auf der Schießstätte; Faschingsmontag, den 9. Februar: Ball im Casinoverine. Sofern aus der auf den bisherigen Unterhaltungen beobachteten tanzlustigen Stimmung eine Schlussfolgerung gestattet ist, dürften sämtliche hier genannten Unterhaltungen recht gut besucht werden. Specieell der Handball zählt bekanntlich seit Jahren zu den glänzendsten Eliteseiten der Saison und hat seit jeher ein so zahlreiches, sich für ihn interessierendes Publicum, dass auch heuer mit Sicherheit auf einen sehr regen Besuch gerechnet werden kann. Die Einladungen zu demselben werden bereits versendet, den Kartenverkauf haben die Herren Karinger, Stöckl und Till übernommen. Den Damen stehen, wie wir vernehmen, auch diesmal recht hübsche Tanzordnungsspenden in Aussicht. — Bezüglich des Tanzkränzchens der Viedertafel werden wir ersucht, darauf aufmerksam zu machen, dass die Eintrittskarten gegen Vorweisung der Einladungen in den Handlungen Krisper, Pessioch und Pohl & Suppan ausgegeben werden. Vor Beginn des Tanzes werden einige neue, zumeist humoristische Gesangsstücke zur Aufführung gelangen; mit Rücksicht darauf ersucht die Vereinsleitung, um Störungen hintanzubehalten, womöglich präcise um 8 Uhr zu erscheinen. — Dienstag, den 3. Februar, veranstalten die Felbweibel und Feuerwerker der hiesigen Garnison im Glasalon der Casino-Restaurations ein Kränzchen, auch eine gleiche Unterhaltung des allgemeinen krainischen Veteranenvereines steht dem Vernehmen nach in Aussicht. Die Laibacher Fialer endlich, die sonst alle Welt in die Tanzsäle befördern, benützen den heutigen, unseres Wissens sonst ballfreien Abend, um sich selbst einmal zu einer kleinen Tanzunterhaltung in die Citalnica-Restaurations zu führen, — diesmal hoffentlich ohne Taxüberschreitung. — Aüßers recht gute Unterhaltung!

— (Marien-Bruderschaftsverein.) Sonntag um 10 Uhr vormittags fand im städtischen Magistratssaale die diesjährige ordentliche Generalversammlung des hiesigen Marien-Bruderschaftsvereines in Anwesenheit von mehr als 100 Mitgliedern statt. Der Vorstand desselben, G. R. Regali, eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, in welcher er das Wirken des Vereines im abgelaufenen Jahre 1879 eingehend schilderte. Der Verein zählt mit Ende des Jahres 1879 447 männliche und 1393 weibliche, zusammen daher 1840 Mitglieder. Gestorben sind im verfloffenen Jahre 58 Mitglieder und 41 Kinder derselben, welche sämmtlich von der Bruderschaft mit einem Kostenaufwande von 1586 fl. 22 kr. beerdigt wurden. Zahlreiche verarmte Mitglieder des Vereines wurden von den Jahresbeiträgen

befreit, und an andere arme Mitglieder wurden im ganzen 149 fl. 36 kr. an Geldunterstützungen verteilt. Dem Vereine sind im verflossenen Jahre 125 neue Mitglieder beigetreten. Das Vereinsvermögen betrug Ende des Jahres 1878 21,423 fl. 74 kr., mit Ende des Jahres 1879 beläuft es sich auf 22,436 fl. 11 kr., hat sich daher um 1012 fl. 37 kr. vermehrt; es ist dies eine Summe, die bisher während des 122jährigen Bestehens des Vereines noch nie erreicht wurde. Der Bericht des Vorstandes wurde beifällig zur Kenntnis genommen und genehmigt. — Herr F. Grilec berichtete hierauf namens des Revisionscomitès, dass dasselbe die Rechnungen pro 1879 und den Stand des Vereinsvermögens geprüft und in vollkommener Ordnung befunden habe. Das Vermögen des Vereines besteht in Staatsschuldverschreibungen, krainischen Grundentlastungsbobligationen und Privatguldenscheinen, welche sämmtlich sicher auf Häuser und Realitäten intabuliert sind. Bei den sodann vorgenommenen Wahlen wurden in den Ausschuss nahezu einstimmig gewählt die Herren: Franz Drasler, Kaspar Jenc, Franz Hribar und Thomas Pajzer, und in den Revisionsausschuss die Herren Valentin Arselin, Philipp Haderlap und Johann Grilec. — Herr Klein beantragte, dass die Remuneration des Vorstandes, Kassiers und Schriftführers mit jährlichen 260 fl. wie bisher votiert werde. Herr Zupancic beantragte die Botierung der Remuneration für drei Jahre. Beide Anträge wurden angenommen. Herr Klein beantragte weiters, der St. Jakobs-Conferenz des Vincentiusvereines zur Unterstützung der Armen 30 fl. zu votieren. Gegen diesen Antrag sprachen die Herren Jor, Haderlap, Zupancic und der Vorstand Regali. Letzterer betonte, dass der Marien-Bruderschaftsverein genug Arme in seiner Mitte zu unterstützen habe. Schließlich wurden 40 fl. zur Verteilung an arme Vereinsmitglieder bewilligt. Hierauf schloss der Vorstand die Generalversammlung, welche heuer vollständig ordnungsmäßig vor sich gieng und der turbulenten Szenen der Vorjahre entbehrte.

(Bauernregel.) Wenn den Bauernregeln zu trauen wäre, so hätten wir heuer ein gutes Jahr in Aussicht. Da lautet nämlich so ein Spruch: „Ist Pauli Belehrung hell und klar, so hofft man auf ein gutes Jahr.“ Die Bedingung wäre also gegeben, denn das Wetter am letzten Sonntag ließ in Laibach gewiss nichts zu wünschen übrig, auf die Erfüllung der Verheißung wollen wir hoffen.

(Gemeindevahl.) Bei der im v. M. stattgehabten Neuwahl des Gemeindevorstandes der Ortsgemeinde Dufische, wurden Simon Bogacnik zum Gemeindevorsteher, Johann Potocnik, Simon Rozman und Franz Spendou zu Gemeinderäthen gewählt.

Neueste Post.

Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“
Wien, 28. Jänner. Das Leichenbegängnis des Sectionschefs Artus fand unter zahlreichster Betheiligung der höchsten Kreise der Residenz statt.

Wien, 30. Jänner. Das „Fremdenblatt“ theilt mit: Die von Wiener und Prager Blättern in den letzten Tagen colportierten Gerüchte, wonach einige Cabinetmitglieder demissioniert hätten, entsprechen den Thatsachen nicht. Was speciell die dem Grafen Taaffe zugeschriebene Absicht betrifft, das Cabinet des bisherigen Coalitionscharakters zu entkleiden, so wird auf das bestimmteste versichert, dass Graf Taaffe am Coalitionsgebanten festhält und an demselben unter allen Umständen festzuhalten entschlossen ist. — Im Eisenbahn-Ausschuss legte der Handelsminister in einem ausführlichen Exposé die handelspolitische, die wirtschaftliche und die politische Wichtigkeit der Artsehbahn vor. Die Vorlage wurde über Antrag Roznowskis einem Fünferausschusse zur Vorberathung zugewiesen.

Leoben, 27. Jänner. (Frdbl.) In der heutigen Kohleisen-Kartellversammlung, an welcher die Bordenberger Werke: Peintinger, Baron Mayer, Otto v. Mayer,

Witsch, Bordenberger Communität, Wirtschaftsamt Leoben, Bordenberg-Röflacher, Eggdi-Kindberger, Fürst Schwarzenberg, ferner die Innerberger und Hüttenberger Gewerkschaft theilnahmen, wurde der Minimal-Kartellpreis für die Tonne weißes Buddlinger Kohleisen von 46 fl. auf 60 fl. erhöht. In der darauf folgenden Sitzung des innerösterreichischen Eisenartells, an welcher die Eggdi-Kindberger, Hüttenberger, Innerberger, Bordenberg-Röflacher Gewerkschaft, die Eisenwerke von St. Michael, Reichenau, Store und Ternitz theilnahmen, wurde der Minimalverkaufspreis für Stabeisen (Grundpreis) per Tonne abermals um 15 fl. erhöht.

Prag, 28. Jänner. (N. fr. Pr.) Die vereinigte Föderalistenpartei verlangt entschieden die Ernennung Helferts zum Unterrichtsminister. Der Abgeordnete Gärtner wurde aufgefordert, zu Gunsten Helferts sein Reichsrathsmandat niederzulegen.

Lemberg, 27. Jänner. (N. fr. Pr.) Bei den gestern vorgenommenen Neuwahlen in den Lemberger Gemeinderath unterlag das Stadtwahlcomitè. Auf der Liste des Gegencomitès, welche mit großer Majorität durchdrang, fehlen der bisherige Bürgermeister Jasinski, ferner Otto Hausner und Dr. Smolka. Die Mehrheit der neugewählten Mitglieder will den Beschluss des früheren Gemeinderathes wegen Aufnahme eines Stadtanlehens von 2 1/2 Millionen Gulden rückgängig machen. Als Candidaten für die Bürgermeisterwahl werden nunmehr bezeichnet: der Arzt Dr. Milleret, der Präsident der Advocatenkammer Dr. Soiniski, der frühere Vicebürgermeister Dombrowski, Advocat Dr. Kaysti und Landesauschussrath Wochnacki.

Pest, 28. Jänner. Das Amtsblatt enthält folgendes Communiqué: Aus den durch das Cultus- und Unterrichtsministerium verwalteten Fonds und Stiftungen werden seit Jahren keine Darlehen gegeben, und auch, so lange solche gegeben wurden, sind dieselben nicht präsidialiter manipuliert worden, sondern es wurden derartige Angelegenheiten ausnahmslos durch die betreffende Section unter Mitwirkung des Rechnungsdepartements und des Causarumbdirectorats erledigt. Da nun aber die betreffenden Aemter nichts davon wissen und auch keine Spur vorhanden ist, dass der jetzige Cultusminister aus den Fonds und Stiftungen ein Darlehen aufzunehmen beabsichtigt hätte, so beruht die in Nr. 11 des „Magyar Orszag“ erschienene Mittheilung lediglich auf einer irrigen Information.

Rom, 28. Jänner. Es bestätigt sich, dass die Krone nach Annahme des Sessionsschlusses einem Senatorenschube, jedoch, wie man sagt, in nicht genügender Zahl, beigegeben habe. Der zu Ernennenden sollen nicht mehr als 40 sein, darunter führt man Mancini und Casar Correnti auf.

Madrid, 28. Jänner. Die Minorität beschloss, in den Cortes wieder zu erscheinen.

Madrid, 28. Jänner. Die Irrenärzte erklären Otero, den Attentäter, für blödsinnig und nicht zurechnungsfähig. Die Angelegenheit wird am 8. Februar verhandelt werden.

Bukarest, 27. Jänner. Nach langer Debatte nahm die Deputiertenkammer mit 72 gegen 42 Stimmen die Convention für den Eisenbahnrückkauf, wie sie vom Senate votiert wurde, an.

Revesinje, 27. Jänner. Heute nachmittags um 4 1/2 Uhr wurde hier ein sehr starkes Erdbeben verspürt.

Athen, 28. Jänner. Trikups wurde mit der Bildung eines neuen Cabinets betraut.

Constantinopel, 27. Jänner. Ein kaiserlicher Erade fordert den Ministerrath auf, die griechische Frage und die vorzuschlagende neue Grenztrace einer neuerlichen Prüfung zu unterziehen.

Wien, 28. Jänner, 2 1/2 Uhr nachmittags. (Schlusscourse.) Creditactien 299.50, 1860er Lose 132.25, 1864er Lose 172.50, österreichische Rente in Papier 71.32, Staatsbahn 274.75, Nordbahn 234.25, 20-Frankenstücke 9.36, türkische Lose 18.—

ungarische Creditactien 278.25, Broubaeten 648.—, österreichische Anpobant 157.25, Lombarden 93.60, Unionbank 120.20, Com. mun. anlehen 121.25, Egyptische —, Goldrente 85.80, ungarische Goldrente 101.50, Ruhiq.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 28. Jänner.
Papier-Rente 71.35. — Silber-Rente 72.60. — Gold-Rente 85.90. — 1860er Staats-Anlehen 132.50. — Bankactien 844. — Creditactien 299.75. — London 117.20. — Silber —. — R. l. Münz-Ducaten 554. — 20-Franken-Stücke 9.35 1/2. — 100-Reichsmark 57.95.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Laibach, 28. Jänner. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 4 Wagen mit Getreide, 1 Wagen mit Heu und Stroh, 20 Wagen und 2 Schiffe mit Holz (18 Cubikmeter). Durchschnitts-Preise.

Wit.	Wig.	Wit.	Wig.		
fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.		
Weizen pr. Hektolit.	10 56	11 69	Butter pr. Kilo	70	—
Korn	6 65	6 47	Eier pr. Stück	3	—
Gerste (neu)	5 20	5 20	Milch pr. Liter	8	—
Hafers	3 25	3 68	Rindfleisch pr. Kilo	58	—
Halbfrucht	—	8 7	Kalbsteisch	52	—
Heiden	5 20	5 80	Schweinefleisch	48	—
Hirse	4 87	5 93	Schöpfenfleisch	36	—
Kukuruz	6 30	6 74	Hähnchen pr. Stück	80	—
Erdäpfel 100 Kilo	3 5	—	Lauben	18	—
Linjen pr. Hektolit.	8	—	Heu 100 Kilo	1 87	—
Erbfen	8 50	—	Stroh	1 69	—
Erbsen	9	—	Holz, hart, pr. vier	—	—
Erbsen	9	—	— Meter	8	—
Rindschmalz Kilo	90	—	— weiches	6	—
Schweinefleisch	70	—	— weiches	20	—
Speck, frisch	60	—	Wein, roth, 100 Lit.	—	—
— geräuchert	60	—	— weißer	16	—

Angekommene Fremde.

Am 28. Jänner.
Hotel Stadt Wien. Meisel, Brenner und Langraf, Kaufleute, Wien. — E. v. Latinovits, Gutsbesitzer, Ungarn. — Frankol, t. l. Lieutenant, Trient.
Hotel Elephant. Kaiser, Arenz, Brokofschinegg und Gufmann, Kaufleute, Wien. — Kohn, Triest. — Eisler, Rfm., Kanischa. — Stupar und Jzlatar Jr., St. Gotthard. — Gufjati und Jzlatar J., St. Anna. — Sone Helene, Private, Giffi. — Kumprey, Gurtsfeld.
Kaiser von Oesterreich. Guttensfeld, Wien. — Seje, Welt-priester, Stanga.

Verstorbene.

Den 28. Jänner. Anna Schuller, Steueramtsadjunctens Tochter, Reitschulgasse Nr. 2, Convulsionen.
Im Civilspitale:
Den 28. Jänner. Franz Stale, Inwohner, 66 J., Lungentuberculose.

Theater.

Heute (gerader Tag) zum Vortheile des Schauspielers Herrn Heinrich Bernthal zum erstenmale: „Woh dem, der lügt!“ Lustspiel in 5 Acten von F. Grillparzer. (Repertoirestück des t. l. Wiener Hofburgtheaters.)

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Jänner	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Richtung des Himmels	Niederschlag in Millimetern
28.	7 U. Mg.	749.15	— 6.6	D. schwach	bewölkt	—
28.	2 „ Ab.	749.33	— 2.4	W. schwach	bewölkt	0.00
28.	9 „ Ab.	750.11	— 3.6	NW. schwach	bewölkt	—

Anhaltend trübe, kein Sonnenbild. Das Tagesmittel der Temperatur — 4.2°, um 2.9° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Otto von Bamberg.

Danksagung.

Den P. T. Wohlthätern, welche durch Lösung von Neujahr-Enthebungskarten pro 1880 und bezügliche Mehrspenden die hierortigen Armen so mildthätig unterstützt haben, wird im Namen dieser Armen der verbindlichste Dank hiermit öffentlich ausgesprochen.

Stadtvorsteher Rudolfswert.

Börsebericht.

Wien, 28. Jänner. (1 Uhr.) Obwohl die Höhe der Course viele Consignationen bewirkte, deren Remboursierung sogar den Devisencurs versteifte, nahm die Speculation alle Ware zu steigenden Course auf.

Geld		Ware		Geld		Ware		Geld		Ware	
Papierrente	71.35	71.45	Böhmen	103	104	Ferdinands-Nordbahn	234.2	234.7	Gal. Carl-Ludwig-B., 1. Em.	104.50	105
Silberrente	72.60	72.70	Niederösterreich	104.75	105.25	Franz-Joseph-Bahn	166	166.50	Oesterr. Nordwest-Bahn	100	100.25
Goldrente	85.40	85.60	Galizien	97.25	97.75	Galizische Carl-Ludwig-Bahn	259.50	259.75	Siebenbürger Bahn	80.60	80.90
Lose, 1854	124.50	125	Siebenbürgen	86.75	87.50	Karlsau-Oderberger Bahn	123.75	124	Staatsbahn 1. Em.	171	171.50
1860	132.25	132.50	Temeser Banat	87.50	88	Lemberg-Gzernowitzer Bahn	159	159.50	Südbahn à 3%	119	119.50
1860 (zu 100 fl.)	185.50	186	Ungarn	89.25	90	Uoyd-Gesellschaft	638	639	à 5%	106.40	106.70
1864	172.50	173	Actien von Banken.		Ferd. Nordb. in Silber		106	106.50	Devisen.		
Ang. Prämien-Anl.	115.50	115.75	Anglo-Oesterr. Bank	157.50	157.75	Franz-Joseph-Bahn	98.60	98.90	Auf deutsche Plätze	57.35	57.50
Credit-L.	178.40	179	Creditanstalt	299.50	299.75	Ferd. Nordb. in Gold	106	106.50	London, kurze Sicht	117.20	117.25
Rudolfs-L.	18.75	19	Depositbank	229	230	Franz-Joseph-Bahn	98.60	98.90	London, lange Sicht	117.40	117.50
Prämienanl. der Stadt Wien	121.25	121.50	Creditanstalt, ungar.	278.50	279	Wiener Tramway-Gesellschaft	234.50	235	Paris	46.60	46.60
Donau-Regulierungs-Lose	113	113.50	Oesterr. Nordwestbahn	342	343	Pfandbriefe.		Geldorten.			
Domänen-Pfandbriefe	146	146.50	Unionbank	120.50	120.75	Allg. St. Bodencreditanst. (i. Gd.)	118.50	119	Ducaten	5 fl. 53	fr. 5 fl. 55
Oesterr. Schapscheine 1881 rückzahlbar	101	102	Verkehrsbank	140	140.50	(i. B.-B.)	100.25	100.50	Napoleons'or	9	36
Oesterr. Schapscheine 1882 rückzahlbar	101	102	Wiener Bankverein	157.50	158	Oesterr. Nordb. in Gold	102	102.25	Deutsche Reichsnoten	57	95
Ungarische Goldrente	100.45	100.55	Actien von Transport-Unternehmungen.		Ang. Bodencredit-Anst. (B.-B.)		102	102.25	Silbergulden	—	—
Ungarische Eisenbahn-Anleihe	119	119.50	Alföld-Bahn	151.50	152	Oesterr. Nordb. in Silber	106	106.50	Krainische Grundentlastungs-Obligat.: Geld 97 — Ware —		
Ungarische Eisenbahn-Anleihe, Cumulativstücke	119	119.50	Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	613	614	Franz-Joseph-Bahn	98.60	98.90	Credit 299.75 bis 300	Anglo 157.50 bis	
Ungarische Schapanw. vom J. 1874	—	—	Elisabeth-Weinbahn	188	188.50	Prioritäts-Obligatien.					
Anlehen der Stadtgemeinde Wien in B. R.	101.25	101.50			Elisabeth-B. 1. Em.		96.70	97			

Nachtrag: Um 1 Uhr 15 Minuten notieren: Papierrente 72.60 bis 72.70 Silberrente 72.60 bis 72.70 Goldrente 85.80 bis 85.90